Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorauniederlausitz
Postscheck-Konto: Nr. 954 Berlin NW. 7

(Sorauer Wochenblatt)
Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Fernsprecher Nummer 22 und 37.
Giro-Konto bei der Reichsbank

Erscheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 5.—11. 11. 1923: In Sorau in den Ausgabestellen 20,0 Milliarden Mk., ins Haus gebracht 20,2 Milliarden Mk., auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 20,3 Milliarden Mk., der weiter gelegenen 20,5 Milliarden Mk., ins Haus gebracht 0,2 Milliarden Mk. mehr, durch die Post bezogen monatl.: freibleib. — Wochenkarten, nur in der Geschäftsstelle Lindenstraße 2: 20,0 Milliarden Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Ausverkauf hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes" oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise mal Schlüsselzahl **100 Millionen:** Die 9 geip. Kolonelzeile für Stadt u. Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gesuche und Angebote) Mk. 6, alle anderen Anzeigen Mk. 9, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gesuche und Angebote) Mk. 16, alle anderen Anzeigen Mk. 24. Im Reklameteil die 4 gespaltene Kolonelzeile je Millimeterhöhe Mk. 30, auswärts Mk. 60. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, bei Konkursen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 260 — Dienstag, den 6. November 1923 — 113. Jahrgang

Die wirtschaftliche Krise.

Der politischen Krise der letzten Woche stand eine wirtschaftliche Krise gegenüber, die von gleichem Ausmaß war und die ebenso katastrophale Folgen hatte. Die Papiermark hat endgültig ausgespielt. In letzter Minute versucht die Reichsregierung noch zu retten, was zu retten ist, indem sie sie in eine feste Relation zur Goldanleihe bringt. Damit ist einer Forderung Rechnung getragen worden, die von Wirtschaftskreisen immer und immer wieder erhoben worden ist, aber man muß fürchten, daß es nun fast schon zu spät geworden ist und daß die Goldanleihe, die ja nur über eine begrenzte Ausgabenmöglichkeit verfügt, heute die Belastung mit der Papiermark nicht mehr ohne Schaden zu tragen vermag. Die künstliche Niederhaltung des Devisenkurses in Berlin wird so wie so bald ihr Ende finden müssen, da es natürlich ein Unding ist, wenn Neuyork den Dollar mit einer Billionensumme meldet, während in Berlin die Reichsbank die amerikanische Devise, wenn auch repartiert, für 420 Milliarden Papiermark ausgibt. Es ist im übrigen darauf hinzuweisen, daß die Marknotierungen in Neuyork eigentlich überhaupt solcher Grundlage entbehren, da unseres Wissens eine wirkliche amtliche Notierung des deutschen Rubels schon seit längerer Zeit nicht mehr stattfindet. Was daher jetzt von dort gemeldet wird, könnte man allenfalls noch als nominelle Notierung bezeichnen. Da diese Meldungen aber eine bestimmte Tendenz aufweisen, so muß dagegen Stellung genommen werden. Die verbreitete Marknotierung stellt weiter nichts als ein Stimmungsbild der Börse dar, das von bestimmten Stellen, welche, ist noch nicht festgestellt, beeinflußt und in die Oeffentlichkeit lanciert wird.

Die Markkatastrophe hat natürlich auch zu einer Teuerungskatastrophe größten Ausmaßes geführt. Auf Grund der fiktiven Neuyorker Meldung stiegen sofort in allen Orten die Lebensmittelpreise. Die Kaufkraft des inneren Marktes ist nahezu erloschen. Die Regierung versucht, diese ein wenig dadurch zu heben, daß sie die Zahlung mit Devisen im Warenverkehr des Inlandes frei gibt. Es wäre dies aller Wahrscheinlichkeit nach eine prompt erfolgreiche Maßnahme, wenn nicht andererseits durch den bestehenden Zwangskurs die Devisenbesitzer einen empfindlichen Verlust erlitten. So fehlt selbstverständlich der Anreiz, die gehamsterten fremden Zahlungsmittel in Waren umzusetzen und nur die Not ist es, die zu einem solch schlechten Geschäft zwingt. Trotz alledem wird man in diesem Augenblick des tiefsten Stillstandes die Hoffnung nicht verlieren dürfen und auch wirtschaftlich sich noch einigen Optimismus bewahren können. Findet die politische Krise bald eine Lösung und zwar die Lösung, die zu einer Neuordnung nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach marxistischen Ideologien führt, so werden uns zwar äußerst schwere Uebergangsmonate bevorstehen, aber wir können dann doch hoffen, daß auch unsere Wirtschaft allmählich den Boden wieder findet, auf dem sie wieder aufzubauen vermag. Dieser Boden ist einzig und allein der Boden des Produktionswillens und der Produktionssteigerung, sowie der der äußersten Sparsamkeit an Haupt und Gliedern.

Der Goldanleihescandal.

Die Goldanleihe, die als neues als Zwischenerlaß dienendes Zahlungsmittel des Deutschen Reichs gedacht war, ist heute ihrer eigentlichen Bestimmung entfremdet und zu einem Spielball wildester Spekulation geworden.

In führenden Wirtschaftskreisen der Reichshauptstadt macht sich starker Unwille gegen die Kurstreibereien und Spekulationen am Markte der Goldanleihe geltend. In den Sitzungen verschiedener Verbände, die zufällig in diesen Tagen in Berlin stattfanden, wurde diese Angelegenheit als aktuellstes Problem der Wirtschafts- und Währungspolitik eingehend besprochen. Wie der „Deutsche Handelsdienst" berichtet, sind in den nächsten Tagen energische Vorstellungen bei der Regierung seitens einer ganzen Reihe Industrieller und Arbeitgeber-Organisationen zu erwarten. Man verweist in diesen Kreisen besonders darauf, daß die ganze Goldanleihe, die bekanntlich auf 500 Millionen Goldmark begrenzt war, bereits der Spekulation in den Rachen geworfen worden ist, daß aber die gewerblichen Betriebe nicht in der Lage sind, sich die für Gehalts- und Lohnzahlungen so dringend benötigten Stücke zu beschaffen. Das Verhalten der Großbanken und die unbegreifliche Sorglosigkeit der Reichsbank in dieser Angelegenheit dürfte der Gegenstand einer besonders scharfen Kritik werden. Man rechnet damit, daß die Proteste der Wirtschaft auch in den Kreisen der Arbeitnehmer einen starken Widerhall finden werden, die ja tatsächlich durch die Goldanleihespekulanten um die ihnen zugesagten wertbeständigen Zahlungsmittel geprellt worden sind. Sollten in den nächsten Tagen infolge dieser Kurstreibereien erneute Störungen im Kleinhandel und in der Versorgung der Bevölkerung mit Brot und anderen wichtigen Lebensmitteln einsetzen, so trägt den größten Teil der Verantwortung hierfür die Reichsbank, die es nicht verstanden hat, das einzige vorläufig vorhandene wertbeständige Zahlungsmittel dorthin zu dirigieren, wo es gebraucht wurde.

Die „Berliner Allgem. Ztg." beschäftigt sich gleichfalls mit dieser Frage und gibt ebenso dem Reichsfinanzministerium, der Reichsbank und den Großbanken die Schuld an diesen Zuständen, die, wie sie sich jetzt herausgebildet haben, einfach ein öffentlicher Skandal sind. Denn die Folge dieser merkwürdigen Politik ist, daß sich die Goldanleihe heute fast nur in unberufenen Händen befindet: zum Teil in den Händen der Börsenspekulanten, sicherlich zum nicht geringen Teil im Besitz von Ausländern und schließlich im Besitz der Schieber. Das Unglaublichste an dieser Entwicklung ist nun der Einfluß, den die Kursentwicklung der Goldanleihe auf das Wirtschaftsleben hat. Während sich bisher alle Warenpreise nach dem Dollarstand gerichtet haben, sind sie nun mit einem Schlage auf die höhere Goldanleihe umgestellt worden, was das Preisniveau in Deutschland noch über die Weltmarktpreise treibt.

Auch die „Zeit" mißt die Hauptschuld für die unglaubliche Zuspitzung des Goldanleihehandels der Reichsbank und ihren geld- und börsenpolitischen Direktionen zu. Das Treiben der Spekulation sei in den letzten Tagen geradezu gemeingefährlich geworden. Große Gewinne seien in die Tasche der Spekulation geflossen, die selbstverständlich mit allen Mitteln an der Verschlechterung der deutschen Mark gearbeitet haben.

London, 4. Nov. Reuter meldet aus Neuyork, daß die Banken und Wechselstuben den Handel mit deutscher Mark eingestellt hätten.

Hierzu schreibt der „Montag", durch die Bekanntgabe dieses Beschlusses werde die Tatsache erhärtet, daß in Neuyork nur eine unbedeutende Spekulantengruppe die Mark hin- und herwirft und daß dennoch der Neuyorker Kurs auch in keiner Weise als Wertmaßstab für die deutsche Währung angesehen werden kann und darf. Jeder Kurs der Papiermark, der eventuell auch noch weiter aus Neuyork gemeldet werden würde, müsse als praktisch bedeutungslos angesehen werden.

Vorläufig ein Rumpfkabinett.

Die Frage, wie sich nach dem Zusammenbruche der großen Koalition und dem Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister das Reichskabinett zusammensetzen wird, darüber ist bisher eine Entscheidung noch nicht getroffen. Soviel scheint festzustehen, daß ein Rücktritt des gesamten Kabinettes Stresemann für den Augenblick nicht in Frage kommt, falls nicht die Fraktionen das Kabinett dazu zwingen sollten. Maßgebend für den Entschluß, das Kabinett Stresemann einstweilen als Rumpfkabinett bestehen zu lassen, ist, wie es heißt, die Erwägung gewesen, daß es in der gegenwärtigen Lage mit ihren innen- und außenpolitischen Spannungen nicht möglich ist, das Reich auch nur für kurze Zeit ohne Regierung zu lassen.

Der Reichskanzler soll gegenüber anderen Parteiführern der Kleinen Koalition erklärt haben, daß die freigewordenen Ministerien nicht wieder besetzt werden sollen, mit Ausnahme des Ministeriums des Innern, für das ein Nichtparlamentarier in Aussicht genommen ist. Die Große Koalition in Preußen soll möglichst erhalten bleiben. Das Reichstagsplenum werde voraussichtlich vorläufig nicht zusammentreten. Die Neuregelung der Arbeitszeit glaubt die Regierung auch ohne die Verabschiedung eines besonderen Arbeitszeitgesetzes vornehmen zu können.

„Von deutschnationaler Seite ist erklärt worden, daß die Partei in dem Plan, das neue Reichskabinett etwa auf eine Minderheit, die sogenannte Kleine Koalition, stützen zu wollen, eine der Größe der Aufgaben entsprechende Lösung in keiner Weise erblicken kann. Sie wird ihm vielmehr einhelligen und entschiedensten Widerstand entgegensetzen, weil von seiner Durchführung nur Unheil für das deutsche Volk zu erwarten wäre. Dieser Tatsache werden alle diejenigen Stellen Rechnung tragen müssen, die für die Lösung der heutigen Krise und für die Weiterarbeit auf eine direkte oder indirekte Mitwirkung der Deutschnationalen hoffen.

Wie weiter von einem führenden Mitgliede der Deutschnationalen Volkspartei versichert wird, steht seine Partei der ganzen Entwicklung der politischen Vorgänge angesichts der jetzigen Krise am allerkühlsten gegenüber, weil die Deutschnationalen ein absolut festes Programm verfolgten, das ist völlig unverändert beizubehalten gewillt seien. Im übrigen sei bisher der Reichskanzler an die Deutschnationale Volkspartei nicht herangetreten.

Die Zentrumsfraktion

des Reichstages hielt am gestrigen Sonntag eine fünfstündige Sitzung ab, in der zur politischen Lage Stellung genommen wurde. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, die Beratungen sollen fortgesetzt werden. Später soll der Reichsausschuß der Zentrumspartei einberufen werden. Das Zentrum ist sich mit den Demokraten einig in der Ablehnung jeder Erweiterung der Regierung Stresemann durch Einbeziehung der Deutschnationalen.

Die demokratische Fraktion

des Preußischen Landtags trat am Sonntag vormittag zu einer Sitzung zusammen. In mehrstündiger Aussprache wurden die brennenden politischen Tagesfragen eingehend erörtert. Die Krise im Reich und die Not der besetzten Gebiete stand dabei im Vordergrund. Das Ergebnis der Aussprache fand seinen Niederschlag in einer einmütig angenommenen Entschließung in der das Festhalten an der großen Koalition in Preußen „als Trägerin einer stetigen Entwicklung zur Festigung der staatlichen Ordnung" betont wird. Die Stellung Preußens als sicherstes Bollwerk deutscher Einheit dürfe am wenigsten in diesem Augenblick durch parlamentarische Krisen geschwächt werden. Es entspricht auch nicht der Bedeutung Preußens, die eine selbständige Politik im Rahmen der Reichsverfassung erheischt, die Zusammensetzung seiner Regierung abhängig zu machen von den Entwicklungen im Reich, oder gar von den Stimmungen der zufälligen Machthaber in München."

Gegen Preisausschreitungen.

Der Präsident des Landespolizeiamts teilt mit:

Gewisse Kreise des Handels haben den Markkurs an der Neuyorker Freitagsbörse, der am Sonnabend früh in Berlin bekanntgeworden ist, zum Anlaß genommen, ihre Preise entsprechend heraufzusetzen. Ein solches Treiben ist eine verwerfliche Ausnutzung der Notlage des Volkes und nichts anderes als schamlosester Wucher. Als gültige Mkziffer für die Geldentwertung kommt nur der amtliche Dollarkurs vom Tage vorher in Frage. Die Organisationen des Lebensmittel-Groß- und Kleinhandels haben das auch als für sich und ihre Mitglieder bindend anerkannt. Die Polizeiorgane sind angewiesen, solchen Preisauschreitungen energisch zu begegnen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diesen Wucher einzuschreiten.

An mich sind weiterhin Meldungen gelangt, daß einzelne Händler bereits die Papiermark als Zahlungsmittel zurückweisen mit dem Hinweis, daß sie selbst ihren Lieferanten wertbeständig zahlen müßten. Ich mache das Publikum darauf aufmerksam, daß ein solches Verhalten ungesetzlich ist und daß die Papiermark nach wie vor gesetzliches Zahlungsmittel ist. Wenn der Verkäufer die Papiermark nicht annimmt, kommt er in Verzug, und die Käufer sind ihrer Zahlungspflicht ledig.

Im übrigen ersuche ich die Bevölkerung, alle selbstsüchtigen Handlungen einzelner Händler gegen die Interessen der Gesamtheit unnachsichtig bei der Polizei zur Anzeige zu bringen, damit solche wucherischen Elemente im Handel nicht nur der gerechten Bestrafung zugeführt, sondern auch wegen der Unzuverlässigkeit so schnell wie möglich aus dem Handel entfernt werden können.

Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung.

In der am Sonnabend abgehaltenen Kabinettssitzung, die sich mit dringenden Wirtschaftsfragen im Hinblick auf die katastrophalen Folgen der Geldentwertung beschäftigte, ist außer der Bestimmung, daß die Papiermark in eine feste Relation zu einem wertbeständigen Zahlungsmittel zu bringen, ist noch beschlossen worden, daß das Reich Mittel zur Verfügung stellt, um Lebensmittel, wie Reis und Fett, in größeren Mengen zu erwerben, die greifbar in gewissen Hafenstädten liegen. Diese Lebensmittel sollen durch die Konsumvereine verteilt werden. Es findet aber keine Verbilligung auf Reichskosten statt. Durch die Hilfe des Reiches soll nur die Möglichkeit geschaffen werden, daß zu erträglichen Preisen wichtige Lebensmittel unter die Bevölkerung kommen. Die Konsumvereine bekommen dabei die Aufgabe, eine bestimmte Menge zur Verfügung der Städte zu stellen, für die Bedürftigen in der Bevölkerung. Man ist von seiten des Reichswirtschaftsministeriums, der „Germania" zufolge, mit den Zentralorganisationen des Kleinhandels und der Wucherpolizei zu einem Einverständnis gekommen, um zu versuchen, die Lebensmittelpreise möglichst auf den Stand der Vorkriegszeit hinunterzudrücken.

Zur Linderung der größten Not auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hat die Reichsregierung für die Milchverbilligung erhebliche Beträge den Ländern zur Verfügung gestellt sowie dem Zentralausschuß für die Auslandshilfe Mittel überwiesen, die die Fortführung und Verstärkung der mit Hilfe des Auslandes durchgeführten Kinderspeisungen sichern. Um aber auch weiteren Kreisen der unter den Verhältnissen schwer leidenden Bevölkerung Erleichterung zu schaffen, wird die Reichsregierung in einigen besonders dringenden Fällen eine Kredithilfe in die Wege leiten, damit vorhandene Lebensmittel leichter und möglichst billig in den Verkehr gebracht werden.

Auch auf den übrigen Wirtschaftsgebieten hat die Reichsregierung nachdrücklichsten Einfluß auf die Preispolitik genommen. So sind, in Goldmark gerechnet, die Preise bei der Kohle um 35 Prozent, bei den Baustoffen um 20—30 Prozent, bei Roheisen um rund 25 Prozent, bei gewissen Teilen der eisenverarbeitenden Industrie um 20 Prozent gesenkt werden. Die Auswirkung dieser Preissenkungen auf andere Wirtschaftsgebiete können sich naturgemäß nur allmählich durchsetzen. Der Zwang für die Verkehrsverwaltung, im Interesse einer Entlastung der Reichsfinanzen und einer Eindämmung der Inflation, ihre Tarife dem Goldwerte anzupassen, muß zunächst den Preissenkungen bis zu einem gewissen Grade entgegenwirken. Es ist aber zu hoffen, daß die Verbilligung der Rohstoffkosten der weiterverarbeitenden Industrie in kürzerer Zeit wieder größere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch wieder einen erhöhten Beschäftigungsgrad sichern wird. Durch dauernde Einwirkung auf die Preisprüfungsstelle und fortgesetzte Ueberwachung der wirtschaftlichen Verbände werden vorhandene Mißstände im Warenverkehr bekämpft werden.

Notgeld durch neue Goldschatzanweisungen und durch Devisen.

Der Bedarf an wertbeständigen Zahlungsmitteln ist außerordentlich schnell gewachsen, andererseits stößt die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld auf Schwierigkeiten, weil der Betrag der Goldanleihe, die als Unterlage für wertbeständiges Notgeld dient, auf 500 Millionen Goldmark beschränkt worden.